

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsanstalt
Tageblatt-Rieser
Berliner Str. 20.
Köpenick Str. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Köpenick, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Köpenick, des Rates der Stadt Köpenick, des Finanzamts Köpenick und des Hauptzollamts Köpenick behördlich fest bestimmtes Blatt.

Postkonton:
Köpenick 1532
Köpenick
Köpenick Str. 22

Nr. 20.

Freitag, 24. Januar 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintritts von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für den gewöhnlichen Anzeigensatz 50 Pfennig, für den Anzeigensatz 100 Pfennig; für den Anzeigensatz 200 Pfennig; für den Anzeigensatz 300 Pfennig; für den Anzeigensatz 400 Pfennig; für den Anzeigensatz 500 Pfennig; für den Anzeigensatz 600 Pfennig; für den Anzeigensatz 700 Pfennig; für den Anzeigensatz 800 Pfennig; für den Anzeigensatz 900 Pfennig; für den Anzeigensatz 1000 Pfennig. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Verlegers oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Köpenick. Geschäftsstelle: Wartenburgstr. 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Lehmann, Köpenick; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Köpenick.

Jetzt die Parteien.

Der Reichstag ist zusammengetreten. Der Auftakt der politischen Arbeit in Berlin ist bereits sichtbar. Sofort traten gestern sämtliche Fraktionen zusammen. Wenn sie zunächst auch nur ihre Stellung zum Zündholzmonopol und der Kreuger-Anleihe festlegten, so hatten sie doch Zeit genug, bereits die Aussprache über den Young-Plan zu eröffnen. Dabei ist der Young-Plan den Parteien noch gar nicht offiziell zugeleitet. Sie konnten sich nur auf die Beschlüsse der Regierung stützen, die inzwischen vorliegen und sich einseitig für die Genehmigung des Young-Planes aussprechen. Wie wir hören, will der Reichsanwalt nunmehr mit den Parteiführern Fühlung nehmen. Der Außenminister wird den Bericht übernehmen, am somit auch den Parteien die Unterlagen für die nächste Beratung zu geben. Neben den Fragen, die den Reichstag beschäftigen, sollen in interparlamentarischen Besprechungen, in Parteiführerbesprechungen und in den Fraktionen die Überlegungen in einzelnen geprüft werden. Man hat den Eindruck, als ob die Ansicht einer Mehrheit bereits feststeht und sich keine sonderlichen Schwierigkeiten ergeben werden. Deshalb rechnet man heute bereits mit einer sehr schnellen Ratifizierung des Young-Planes. Da freilich auch die Ratifizierung der Mandatsmächte zu der Inkraftsetzung des Haager Protokolls gehört, so kann Deutschland, wenn es den Young-Plan so bald verabschiedet, nur den Beweis erbringen, daß es mit gutem Beispiel vorangeht. Diese Geste soll dahin führen, daß man mit der Eröffnung der Zahlungskonten Mitte März, mit der Liquidierung der Kontrollen spätestens am 1. April rechnen und deutschseits glaubt, daß vom 1. April der Normalzustand geschaffen ist. Eines ist zu berücksichtigen: Stünde man bisher in allen Parteien, daß sich die Reparationen irgendwie abbiegen lassen, so herrscht jetzt die Ueberzeugung vor, daß gefast werden müsse und daß alles zu tun sei, um die Verpflichtungen zu erfüllen. Aus diesem Grunde ist es erklärlich, wenn bei der Besprechung des Young-Planes auch die Frage im Zusammenhang steht, wie wir die Zahlungen ausführen können. Das wäre nicht so schwierig, wenn wir nicht die hohe schwebende Schuld hätten. Sie abbauen, die Reparationen daneben einlesen, und noch an eine Ordnung der Finanzen denken, macht so viele derart löpische, daß sich selbst bei den Sozialdemokraten heute die Ansicht durchdrungen hat, es werde ohne Krise nicht gehen. Diese Krise, von allen Seiten erwartet, ist aber gar nicht so ernst zu nehmen, wenn man hört, daß der „Vorwärts“ meint, die Sozialdemokraten hätten nicht daran, sich ins Schmollibüchlein zurückzuziehen. Sie wollen vielmehr ihren Platz behaupten. Den Platz behaupten heißt aber, sie wollen an der Regierung bleiben und bei der neuen Regierungsbildung mitwirken, wenn sie juradroit sein sollte. Angesichts dieser Tatsache bleibt aber die Frage berechtigt, was für Zweck eine Regierungs- oder Koalitionskrise überhaupt hätte. Sollen, unter der Teilnahme der Sozialdemokraten die Mehrheitsparteien, was notwendig erscheint, doch am Ruder bleiben, so ist eine Krise völlig überflüssig. Man soll — nach unserer Erfahrung — alles überhastet nicht so ernst nehmen. Alles wird sich sicherlich durch Kompromisse und Kompensationen ausgleichen können. In der Deutschen Volkspartei soll eine durchaus persönliche Stimmung herrschen. Wenn sie auch bei den Sozialdemokraten ist, ist der Boden für eine produktive Arbeit schon gegeben. Die rivalität nach Ministerposten ist ja heute nicht mehr so groß, wie es früher war. Das Zentrum ist, wenn es früher auch den Außenminister wollte, heute völlig durch Wirth zurückgedrängt. Augenblicklich hat er ja den wichtigsten Posten. Denn die Weiterentwicklung der deutschen Politik spielt sich im Westen ab: Rheinländerung und Saarfrage, daneben Hilfe für das besetzte Gebiet! Die Volkspartei ist mit ihren beiden Ministern stolz, die Sozialdemokraten haben nicht den Ehrgeiz, noch einmal einen Stützpunkt zu stellen. Folglich ist es verständlich, wenn große Löhne von einigen Heißhörnern sofort parteioffiziös abgedämpft werden.

Die Wahl der thüringischen Regierung.

× Weimar. Gestern nachmittag erfolgte in der Sitzung des Landtages von Thüringen, nachdem am Vormittag eine thüringische Aussprache vorausgegangen war, die Wahl der thüringischen Regierung. Die Regierung ist folgende Zusammensetzung: Finanzminister Baum (Landvolkspartei), Innen- und Volksbildungsminister Dr. Friedl (Nationalsozialist), Wirtschafts- und Justizminister Dr. Kähler (Wirtschaftspartei), Staatsräte sind Harstler (Nationalsozialist), Klein (Deutschnational), Fürth (Wirtschaftspartei), Bauer (Deutsche Volkspartei) und Wirth (Landvolkspartei). Die Wahl erfolgte mit 28 gegen 22 Stimmen. Dagegen stimmten Sozialdemokraten, Kommunisten und der demokratische Abgeordnete. Um 6 Uhr fand die Vereidigung der neuen Regierungsglieder statt.

50 Prozent Vermahlungsbeitrag für Inlandweizen auch im Februar.

× Berlin. (Funkdruck.) Das Reichskabinett hat in seiner letzten Sitzung dem Antrag des Reichsernährungsministers zugestimmt, wonach der Vermahlungsbeitrag für Inlandweizen auch für den Monat Februar auf 50 Prozent schaffens wird.

Das Zündholzmonopol vor dem Reichstag.

Gegen die Sonderstellung der Konsumvereine.

Abd. Berlin, 23. Januar 1930.

Präsident Pöbe eröffnete die erste Sitzung im neuen Jahre mit einem von den Abgeordneten lebhaft angehörten Nachruf auf den verstorbenen Abg. Schüller-Oestrich (Soz.). Auf der Tagesordnung steht als einzige Vorlage der

Entwurf eines Zündwaren-Monopolgesetzes

in Verbindung mit der bekannten

Kreuger-Anleihe.

Der Kleinverkaufs-Endpreis soll für zehn Schachteln 30 Pf. betragen. Eine Ausnahme vom Monopol soll nur den Konsumgenossenschaften zugestanden werden, die den ihnen angeschlossenen Vereinen die von ihnen hergestellten Zündwaren bis zu einer bestimmten Menge liefern können. Ueber die Mengenbestimmung bestehen Differenzen zwischen Reichsregierung und Reichsrat, so daß in diesem Punkte eine Doppelvorgabe besteht.

Anträge der Kommunisten und der Deutschnationalen auf Ablehnung der Vorlage von der Tagesordnung werden abgelehnt.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer leitet die Beratung ein und hält damit seine erste Ministerrede vor dem Reichstag. Er erklärt, daß er die Absicht gehabt habe, bei dieser Beratung einen eingehenden Bericht über die Kassenlage des Reiches zu erstatten, weil ihre Kenntnis zur Würdigung der Kreuger-Anleihe notwendig erscheine. Infolge der Verögerung der Verhandlungen im Haag und seiner verspäteten Rückkehr nach Berlin könne er diese Absicht nicht durchführen. Er behalte sich vor, im Ausschuss und bei der zweiten Beratung im Plenum die Kassenlage in voller Deutlichkeit und Klarheit darzustellen. Heute wolle er sich auf wenige Worte beschränken. Für die Kreuger-Anleihe sei eine Vorauszahlung, daß der vorliegende Entwurf am 31. Januar verabschiedet wird. Da sich eine Hinausschiebung dieses Termins nicht erreichen ließ, müsse die Regierung den Reichsrat um möglichst beschleunigte Beratung der Vorlage bitten.

Abg. Dr. Herr (Soz.) erklärt, die Sozialdemokratie behalte sich eine eingehende Stellungnahme zu dem Entwurf bis zur zweiten Lesung vor, wenn der Finanzminister bis dahin sein Programm entwickelt hat. Die Haltung der Sozialdemokraten werde davon abhängen, ob die Regierungsvorlage bestehen bleibt oder ob nach dem Willen des Reichsrats das Kontingent der Konsumgenossenschaften vermindert wird.

Abg. Dr. Rademacher (Dn.) Angesichts der Tatsache, daß die Vorlage bis zum 31. Januar verabschiedet sein muß, fragen wir uns, was der Reichstag überhaupt noch dazu zu beraten hat. Die Vorlage ist das ungeschicklichste, was je in der Geschichte der deutschen Finanzpolitik vorgekommen ist. In einer Zeit, wo das deutsche Kapital durch Steuern erdrückt wird, gewährt die Regierung dem ausländischen Kapital Steuerfreiheit. Sie liefert einen wichtigen Wirtschaftszweig dem Ausland aus. Die Regierung hat sich erst dem ausländischen Gläubiger gegenüber gebunden und dann legt sie dem Parlament einen Entwurf vor, an dem nichts mehr geändert werden kann. Das ist ein des deutschen Reiches unwürdiger Zustand. Die ungeschickte Bevorzugung der Konsumvereine ist eine rein politische Liebesgabe, die auch bei der Verfassung festgelegten Gleichberechtigung der Bürger widerspricht.

Abg. Dr. Neubauer (Komm.) lehnt das arbeiterfeindliche Zündholzmonopol ab. Abg. Dehnen (Dp.) Der vorliegende Entwurf ist ein Dokument höchst unerfreulicher Art. Ein deutscher Zündholzmonopol wird damit dem Auslandskapital ausgeliefert. Der Entwurf ist eine starke Zumutung an die

bürgerlichen Regierungsparteien. Wir können ihm nur zustimmen, weil wir wissen, daß er eine Voraussetzung ist für die große Finanz- und Steuerreform. Wir arbeiten daran in der Erwartung, daß nun auch die Sozialdemokratie verantwortungsvoll mitarbeiten wird an einer Senkung der direkten und indirekten, die notwendig ist, um die Kapitalbildung zu ermöglichen. Nicht zu ertragen ist aber für uns die in der Vorlage vorgesehene Sonderbevorzugung der Konsumvereine. Wir können der Vorlage nur zustimmen, wenn durch Änderungen unserer Grundrissen Rechnung getragen wird.

Abg. Bormann (Dp.) meint, daß man auch ohne dieses Gesetz über die gegenwärtige Finanzalamität hinwegkommen kann. Den sozialdemokratischen Forderungen zugunsten der Konsumvereine können wir unendlich zustimmen. In den Ausschuss der Monopolgesellschaft müßten auch Vertreter des Einzelhandels entsandt werden; dem vorliegenden Gesetz können wir nur zustimmen, wenn es unseren Wünschen entsprechend geändert wird.

Abg. Haack-München (Dn. V.) Die Beratung dieses Gesetzes steht leider unter dem Eindruck der Bedingung, daß die Vorlage am 31. Januar angenommen sein muß, wenn wir die Kreuger-Anleihe erhalten wollen. Dazu kommt als zweite Bedingung die Ratifizierung des Young-Planes. Diese hängt nicht allein von uns ab. Es könnte also geschehen, daß wir das Zündholzmonopol annehmen und die Kreuger-Anleihe doch nicht erhalten. Die Verquickung der Anleihe mit dem Monopol würde uns auch für die Zukunft hindern, das Monopol der fortschreitenden reinlichen Entwicklung anzupassen. Die Vorzugsbestimmungen für die Konsumvereine bedeuten eine Verletzung der Reichsverfassung, wonach der Mittelstand gefördert werden soll. Wir behalten uns unsere Stellungnahme vor.

Abg. Fischel (Dem.) erklärt, die Bedingungen der Kreuger-Anleihe erscheinen gar nicht so günstig, wenn man die außerordentlichen Vorteile berücksichtigt, die der Schwedentrost aus dem Monopolgesetz ziehen kann. Wir wenden uns auch gegen die Bevorzugung der Konsumvereine. Der Einzelhandel darf jedenfalls nicht zugunsten der Konsumvereine benachteiligt werden. Bedenken haben wir auch gegen verschiedene Einzelheiten der Vorlage; wir werden im Ausschuss Änderungen beantragen. Wenn unseren Forderungen zugunsten des Mittelstandes nicht entsprochen wird, dann werden wir über die Vorlage nicht eine Entscheidung in positivem Sinne fällen können.

Abg. Stöhr (Nat.-Soz.) fährt aus, vor gar nicht langer Zeit hat der sozialdemokratische „Vorwärts“ den Plan eines solchen Monopols scharf bekämpft. Das vorliegende Monopolgesetz bedeutet die Auslieferung eines weiteren deutschen Wirtschaftszweiges an das internationale Kapital. Damit schließt die erste Beratung. Die Vorlage geht an den Haushaltsausschuss.

Gegen 6 1/2 Uhr vertagt sich das Haus auf Montag, 3. Februar. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Zündholzmonopols.

Im Haushaltsausschuss des Reichstages

begann heute die Beratung des Zündwarenmonopolgesetzes in Verbindung mit der Kreuger-Anleihe.

Reichsfinanzminister Moldenhauer gab einen Ueberblick über die Kassenlage des Reiches und stellte mit, daß für ultimo Juni ein Restbetrag von 278 Millionen Mark vorliegen werde. Er wies darauf hin, daß trotz Annahme des Young-Planes die Kassenlage des Reiches nach wie vor äußerst angespannt bleibe. Er sehe zur Ueberwindung des ultimo Juni mit einem Restbetrag von 278 Millionen keinen Weg, wenn die Kreuger-Anleihe nicht zustande komme.

Reichsratsbeschlüsse.

Abd. Berlin. Der Reichsrat genehmigte in seiner öffentlichen Vollversammlung am Donnerstag den Gesetzentwurf betreffend das Internationale Uebereinkommen über den Geuervertrag der Schiffleute. Der Vertreter der Provinz Pommern Graf Behr, der im Auftrag der Stettiner Reeder sprach, beantragte Ablehnung des Gesetzentwurfes, da die Durchführung der Konvention den Reedern große Schwierigkeiten machen würde und man überhaupt die Vertreter der kleinen Reedereien an der Ostsee nicht bei der Ablehnung des Gesetzentwurfes zu Rate gezogen hätte. — Der Antrag Graf Behr fand keine genügende Unterstützung.

Angenommen wurde ferner eine Novelle zum Branntweinmonopolgesetz. Es hat sich gezeigt, daß die im vorigen Jahre beschlossene Steuererhöhung die erwarteten Mehreinnahmen nicht abdeckt hat. Ein wesentlicher Grund dafür war, daß die Destillier von Trinkbranntwein statt des teuren Alkohol, der von der Monopolverwaltung vertrieben wird, den billigeren Weinalkohol heranziehen. Deshalb soll auch auf diese Art der Herstellung von Trinkbranntwein künftig eine Branntweinsteuer gelegt werden und zwar in Höhe des Monopolaufschlages, zuletzt 587 Mark. Von der Steuer würden insbesondere die Destillier von Weinsten betroffen

werden. Der Antrag wird auf eine halbe Million Mark geschätzt. Die Novelle soll am 1. März in Kraft treten.

Der Reichsrat erklärte sich damit einverstanden, daß zwei freiwerdende Reichsgerichtsrats-Stellen mit dem preussischen Landgerichtsdirektor Baumgart in Köln und dem bayrischen Landgerichtsdirektor Hans Sachs in Coburg besetzt werden.

Außerdem erklärte sich der Reichsrat damit einverstanden, daß die Stammaktien der Kammerarschinerer Stöhr & Co. in Leipzig zum Vorkaufhandlung zugelassen werden.

Dyanflug der bolivianischen Sieger.

Deffau. (Funkdruck.) Die beiden bolivianischen Fliegeroffiziere Ruizaga und Bazquez sind heute vormittag hier um 10.50 Uhr mit ihrer Junkersmaschine vom „Breiten“-Zoo zum beabsichtigten Clappensprung über den Ozean gestartet. Die Bolivianer fliegen zunächst nach Paris. Bis dahin werden sie vom Junkers-Piloten Kner begleitet. Von Afrika aus wird der Ozean überflogen werden.